3. Jahrgang. Nr. 51.

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,20 Mk. für den Monat. Postscheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 2. März 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3,— Mk.

Generalstreik in Polen.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".)

Warschau, 27. Februar.

Die Eisenbahnen sind militarisiert worden. Auf Befehl des Kommandanten des Warschauer Militärbezirks, General Iwaszkiewicz, ist das Standrecht verhängt worden. Das Streiken und die Agitation für den Streik wird mit Erhängen und Erschießen bedroht.

Diese unerhörten und grausamen Maßregeln haben es nicht vermocht, den Kampfeswillen der Arbeiter zu brechen. Vielmehr ist sogar die Gewerkschaftsbürokratie der PPS. gezwungen, die Gewerkschaften in den Kampf zu führen. Die Hauptstreikleitung des Eisenbahnerverbandes rief am 24. Februar zum Generalstreik der Eisenbahner auf. Die Zentralkommission der Gewerkschaften der polnischen Republik ruft zum Generalstreik in ganz Polen für den 28. Februar und den 1. März auf, wenn die Regierung nicht vorher die Militarisierung der Eisenbahn aufhebt. Im Notfall soll der Generalstreik verlängert werden.

(WTB.) Warschau, 26. Februar.

Die sozialpatriotischen Blätter „Narod" und „Robotnik" sind wegen Aufforderung zum Generalstreik auf drei Tage verboten worden.

Die „Frankf. Zeitung" meldet über die Lage:

Warschau, 25. Februar. Der Berufsverband der Eisenbahner, der den Anfang des wilden Streiks im Warschauer Direktionsbezirk nicht billigte, veränderte heute nacht seine Haltung. Aus Protest gegen die Militarisierung der Bahnen und die Androhung der Todesstrafe gegen die Streikenden ruft der Berufsverband nunmehr zum allgemeinen Eisenbahnerstreik auf. Auch die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften erklärt sich damit solidarisch und verkündet den Generalstreik aller Arbeiterverbände für Montag, falls die Militarisierung bestehen bleibe.

Namentlich die sozialistischen Kreise sind sehr erregt. Ihr Krakauer Organ „Naprzod" erklärt die Anwendung des Standrechts gegen die Eisenbahner für eine aus Frankreich importierte Nachahmung Millerandscher Methoden und für eine Herausforderung der gesamten Arbeiterklasse, die die Antwort nicht schuldig bleiben werde. Der Warschauer „Robotnik" überschreibt seinen heutigen Artikel „Wahnsinn" und warnt davor, das russische System wieder einzuführen, gegen Streikende mit Kugel und Strick vorzugehen und durch blutigen Terror die Situation zu verschärfen. Beide Blätter stehen dabei auf gemäßigt sozialistischem Standpunkt (etwa entsprechend der deutschen Mehrheitssozialdemokratie). In der heutigen Sitzung der Rechtskommission des Seims referierte der Sozialist Puzak über die gleiche Angelegenheit. Auf seinen Antrag wurden für morgen der Ministerpräsident, der Innenminister, der Eisenbahnminister und der soeben mit Sapieha von Paris zurückgekehrte Kriegsminister um ihr Erscheinen und um Aufklärung ersucht.

Inzwischen hat sich die tatsächliche Situation wenig verändert. Die Bahnwerkstätten und Depots in Warschau sind untätig, auf dem Hauptbahnhof arbeitet eine Pionierkompagnie. Alexandrowo, Wloclawek, Kutno, Mlawa und Siedlce haben sich dem Streik angeschlossen. Der allgemeine Eisenbahnerstreik ist bis zur Stunde noch nicht eingetreten. Laut „Rzeczpospolita" sei er jedoch unvermeidlich. Diejenigen Blätter, die den Aufruf zum Generalstreik brachten, wurden konfisziert.

Die französisch-polnischen Angriffspläne gegen Sowjet-Rußland.

Es häufen sich die Anzeichen dafür, daß die französische Bourgeoisie und der französische Militarismus ernsthaft mit einem neuen Vorstoß gegen Sowjet-Rußland rechnen. Den äußeren Vorwand für die beabsichtigten Aktionen der internationalen Gegenrevolution bieten angebliche militärische Rüstungen und Vorbereitungen Sowjet-Rußlands. Die französischen Militärkreise fabeln allerhand von der bolschewistischen Gefahr. Sie behaupten, daß Rußland seinerseits einen Vorstoß gegen Polen plane, und in diesem Falle würde Frankreich die Polen unterstützen. In ähnlicher Weise hat kürzlich der bekannte französische General Mangin in Bukarest erklärt, daß auch Rumänien im Falle eines russischen Angriffs auf die Hilfe Frankreichs und Englands rechnen könne. Die französische reaktionäre Presse spricht ganz offen von der kommenden Militärkonvention zwischen Frankreich, Polen, der Tschecho-Slowakei und Rumänien. Frankreich habe zwar nicht die Absicht, Soldaten in den Osten zu schicken, aber es würde seine Verbündeten mit Geld, Kriegsmaterial und Lebensmitteln unterstützen. In diesem Zusammenhang ist eine Wiener Meldung interessant, wonach Frankreich fordert, daß Oesterreich das Kriegsmaterial, das es auf Grund des Friedensvertrages der Entente zu überliefern hat, an Polen abtritt. Auch sonst sucht Polen auf jede Weise seine Rüstungen zu verstärken. So ist erst kürzlich die Polizei an der polnisch-pommerschen Grenze einer Schiebergesellschaft auf die Spur gekommen, die gewaltige Mengen von Waffen und Ausrüstungsgegenständen über die polnische Grenze zu schmuggeln suchte.

Gegenüber diesen dunklen Intriguen des Ententekapitals, das die Polen, Rumänen, Tschecho-Slowaken und die Ungarn Horthys als Werkzeuge verwenden will, muß das deutsche Proletariat um so wachsamer und entschlossener sein. Denn auch die deutschen Gegenrevolutionäre, soviel sie von ihrer Feindschaft gegen die Entente sprechen, wären jeden Augenblick bereit, gegen ein angemessenes Trinkgeld sich in die gegenrevolutionäre Weltfront zum Kampf gegen Sowjet-Rußland einzuordnen. Auch die Putschpläne, die zurzeit die deutsche militaristische Reaktion hegt, gehören in den Zusammenhang des großen Weltaufmarsches des Kapitals gegen die Arbeiter. Nur wenn das deutsche Proletariat die größte Aufmerksamkeit, die größe Kaltblütigkeit und die größte Entschlossenheit zeigt, wird es seine Pflicht im Rahmen der Weltrevolution wirklich erfüllen können.

Menschewikisch-ententistische Schurkereien.

Der Ueberfall auf Georgien.

(Rosta) Stockholm, 26. Februar. Es bestätigt sich, daß alle Gegenrevolutionäre des Kaukasus, voran die georgische Menschewikenregierung und die Partei der armenischen Sozialdemokraten, die „Daschnaken", sich mit der Entente vereinigt haben, um mit ihrer Hilfe die revolutionäre Bewegung der arbeitenden Massen des Kaukasus zu unterdrücken. Ein abgefangenes Radio aus Tiflis zeigt, welche intimen Beziehungen zwischen der Tifliser Regierung und den Daschnaken bestehen. Die Daschnaken erbitten darin von Tiflis Munition und Proviant, nachdem sie Eriwan, die Hauptstadt des revolutionären Armeniens überfallen und die Zentralorgane der armenischen Sowjetrepublik gefangen genommen hatten. Nach einem anderen aufgefangenen Tifliser Radio hat die georgische Regierung gegenrevolutionäre Banden aufgefordert, Armenien in den Rücken zu fallen und mit Hilfe anderer gegenrevolutionärer Kräfte die revolutionäre Regierung von Armenien zu stürzen. Die neuesten Meldungen aus Tiflis, wonach die französische Flotte bolschewistische Abteilungen am Schwarzen Meer bombardiert, sind der letzte Beweis gemeinsamen Kampfes der Tifliser und der armenischen Menschewiki und ihrer Unterstützung durch die französische Flotte. Sie alle wollen die armenischen und muselmanischen Aufständischen als Vorkämpfer der kaukasischen Arbeiter- und Bauernrevolution vernichten.

Nacharadza, der georgische Vertreter in Moskau, sprach am 19. Februar mit Tschitscherin und gab bei dieser Gelegenheit zu, daß der Aufstand in Georgien wahrscheinlich durch die Agenten der Entente, die eine neue Front gegen Rußland bilden will, inszeniert sei. Die Entente versucht auf jede Weise eine Hetze unter den Randvölkern gegen Moskau bis zum blutigen Kampf zu organisieren. Der Versuch in Georgien ist ihr diesmal gelungen! Die Daschnaken werden überall von der georgischen Regierung bewaffnet. Neue Nachrichten aus den letzten Tagen fehlen, weil die telegraphische Verbindung mit Rußland unterbrochen ist. Georgische gegenrevolutionäre Agenten haben sich in Sowjet-Rußland eingeschlichen und stören an der Grenze den Telegraphendienst.

(WTB.) New-York, 27. Februar. Nach einer Meldung der Associeted Preß aus Konstantinopel vom 26. Februar soll Tiflis am Freitag eingenommen und geplündert worden sein.

Eine neue Etappe des deutschen Sozialverrats.

K. B. Die Sozialdemokratie steht in Preußen und Deutschland vor einer wichtigen Entscheidung. Die Deutsche Volkspartei drängt darauf, in die neue preußische Regierung mit aufgenommen zu werden. Andernfalls droht sie aus der Reichsregierung auszutreten und mit noch schwereren Geschützen. Viel hängt jetzt von der Haltung der Sozialdemokraten ab, da eine rein bürgerliche Regierung in Preußen ohne Deutschnationale unmöglich ist, die Deutschnationalen aber wegen ihrer rein propagandistischen außenpolitischen Einstellung nicht regierungsfähig sind.

Der Parteivorstand hat die Entscheidung über die Stellungnahme zur Regierungsbildung der Landtagsfraktion überlassen, die am 8. März zusammentritt. Die „Volkswacht" fühlt sich bereits stark bedrückt durch die Drohung der DVP., aus der Reichsregierung auszutreten.

Den SPD.-Führern ist es nicht wohl in dieser Situation. Sie haben durch den Noskekurs die an den Ententefronten gescheiterten Machtmittel des Kapitalismus wieder flott gemacht. Sie haben als Regierungspartei systematisch alle sozialen Zugeständnisse, die vom Unternehmertum unter dem Druck der Massen in der Novemberrevolution gemacht worden sind, abgebaut. Sie haben beseitigt das Recht der Betriebsräte über Einstellungen und Entlassungen in maßgebender Weise mitzubestimmen. Sie haben die Betriebsräte schließlich ganz beseitigt und an ihre Stelle vom Klassenkampfcharakter kastrierte Betriebsräte nach dem arbeitsgemeinschaftlichen Betriebsrätegesetz gesetzt. Sie haben als preußische und Reichsminister Streikverbote gegen Eisenbahner, Beamte, Elektrizitätsarbeiter usw. erlassen. Sie haben im Frühjahr 1920 tausende von Eisenbahnern aufs Straßenpflaster geworfen. Sie haben auf streikende Bergarbeiter usw. schießen lassen. Das haben sie als Regierungspartei getan oder mit ihrem Namen gedeckt, bis sie durch das Ergebnis der letzten Reichstagswahl die Ministersessel räumen mußten.

Dieses Wahlergebnis zeigte die Folgen dieser Politik nach zwei Seiten auf. Erstens, daß Millionen von Arbeitern den SPD.-Führern die Gefolgschaft gekündigt hatten. Zweitens, daß von der alten Regierungskoalition auch Teile des Bürgertums nach rechts abgerückt waren, die sich innerpolitisch hauptsächlich daran stießen, daß die bisherige Regierungskoalition vor der allgemeinen Beseitigung des Achtstundentages und der Zwangswirtschaft Halt gemacht hatten.

Aufhebung des Achtstundentages und vollständige Beseitigung der Zwangswirtschaft sind auch jetzt noch neben der Deckung der Staatsausgaben die schwierigsten innerpolitischen Probleme. Alle bürgerlichen Parteien sind gewillt, sie in der nächsten Zukunft gegen das Proletariat mit allen Mitteln der Unterdrückung zu lösen. Die DVP. als Regierungspartei ist geradezu die Versinnbildlichung dieses Regierungsprogramms.

Die Rote-Kettensprengerpartei legt jedoch allemal nach Wahlen wie die anderen bürgerlichen Parteien großen Wert auf die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Die Bürgerlichen wissen, daß der Versuch der allgemeinen Beseitigung des Achtstundentages, die Erhöhung aller Preise auf die Weltmarktpreise, die eine Folge der restlosen Aufhebung der Zwangswirtschaft wäre, zu einer starken Verschärfung der Klassengegensätze führen müssen. Deshalb wollen sie die Sozialdemokraten als Trugbild der Arbeiterfreundlichkeit in die Regierung aufnehmen, um die Kampfkraft des Proletariats zu lähmen.

Die sozialdemokratischen Führer aber sitzen zwischen zwei Feuern, die sie gleicherweise zu verbrennen drohen. Treten sie in eine Regierung mit der DVP. ein, dann müssen sie jetzt mitwirken an der allgemeinen Beseitigung des Achtstundentages, an der systematischen Erhöhung aller Warenpreise, an der Belastung des Proletariats mit noch mehr Steuern. Und sie müßten mit ihrem Namen decken die blutige Unterdrückung der sich gegen eine solche Politik wehrenden Arbeitermassen. Treten sie nicht in die Regierung ein, dann würden sie es um den Preis des Unterganges nicht bei einer lendenlahmen parlamentarischen Opposition bewenden lassen können, wenn die Massen in Bewegung kommen. In beiden Fällen werden sie von dem Feuer der wachsenden proletarischen Revolution verzehrt werden.

Das Proletariat aber muß aus der Haltung der SPD.-Führer bei der Regierungsbildung in Preußen lernen, daß es höchste Zeit ist, sich auf Grund des Aktionsprogramms des Offenen Briefes selbst zu helfen, sich zu einer geschlossenen Kampffront zu formieren. Einheitliche Lohnkämpfe sind vom ADGB. als Abwehr der um sich greifenden Verelendung zu fordern. Wirtschaftliche und politische Massenkämpfe sind vorzubereiten gegen die Anschläge auf den Achtstundentag, gegen die immer frecher werdende Gegenrevolution, für die Schaffung proletarischer Selbstschutzorganisationen

Politische Uebersicht.

Wo ist Korruption?

Wir haben wiederholt berichtet, daß in Oberschlesien die deutsche und polnische Regierung die Arbeiterorganisationen durch hohe Bestechungsgelder sich ihren nationalen Interessen dienstbar zu machen versucht. Mit Erfolg! Die polnischen Organisationen erhalten hohe „Unterstützungen" von der polnischen Regierung, die deutschen Gewerkschaftsbeamten erhalten „Besatzungszulagen", die SPD.-Presse wird ausgehalten. Und die Bezirksleitung der USPD. hatte sich im Prinzip für die Annahme von Bestechungsgeldern ausgesprochen, nur mit der Einschränkung, daß die Bezirksleitung nicht als solche, sondern einzelne Personen diese Korruptionsgelder annehmen sollten. So hatte der Bezirksvorsitzende H. Rau-Gleiwitz von der deutschen Regierung 50 000 Mark angenommen.

Bei der Vereinigung der KPD. und der USPD. kamen auch Rau und seine „Freunde" mit zur KPO., wo Rau aber nach wenigen Tagen, nachdem die Annahme der Korruptionsgelder bekannt wurde, von der KPO. an die frische Luft gesetzt wurde. Ihm folgten einige Freunde, darunter der Gewerkschaftssekretär Ziaja-Gleiwitz, die mit dem Ausschluß Raus nicht einverstanden waren.

So ist die KPO. heute noch die einzige Partei Oberschlesiens, die sich frei von aller Korruption hält.

Die oben genannten korrumpierten Gesellen suchten zuerst Anschluß bei der KAPD., dort scheinen sie aber abgeblitzt zu sein.

Jetzt haben sie endlich den rechten Weg gefunden! Ziaja veröffentlicht in Nr. 90 der Berliner „Freiheit" einen Leitartikel über die Abstimmung in Oberschlesien, in dem er die Arbeiter auffordert, für den Anschluß an das Deutsche Reich zu stimmen, also ganz offen die Geschäfte der deutschen Bourgeoisie besorgt. Die 50 000 Mark der deutschen Regierung haben also ihre Wirkung nicht verfehlt!

Die „Freiheit" nimmt diese korrumpierte Gesellschaft, für die in der KPO. kein Platz war, schützend in ihre Hut. Wir gönnen ihr diesen Zuwachs!

Ein neuer Freibrief für Meuchelmörder.

Der Mord an Hans Paasche bleibt ungesühnt.

Der Rechtsbeistand des ermordeten Hans Paasche übermittelt uns folgende Zeilen, aus denen hervorgeht, daß auch dieser Mord keine Sühne durch die bürgerliche Justiz finden wird. Politische Meuchelmörder sind immun in der demokratischen Ebert-Republik, sie sind notwendig, um den Bestand dieser Republik zu sichern.

Justizrat Fraenkel schreibt:

„Nachdem mir der Oberstaatsanwalt in Schneidemühl die Einstellung des Ermittelungsverfahrens mitgeteilt hatte, habe ich selbstverständlich die Beschwerde beim zuständigen Generalstaatsanwalt in Marienwerder eingelegt. Als sie dort eintraf, lagen die Akten dem Justizminister vor. Nach Rückgabe durch ihn hat der Generalstaatsanwalt sich mit der Sache befaßt und mir nun als Ergebnis seiner Prüfung in einem längeren Bescheid eröffnet, daß meiner Beschwerde der Erfolg versagt bleibe. Es wird von ihm erklärt, ein Haftbefehl gegen Paasche habe nicht vorgelegen, und er sei auch nicht festgenommen gewesen. „Deshalb" sei das Schießen der Soldaten, die den „Fliehenden" vergeblich aufzuhalten gesucht hätten, objektiv rechtswidrig gewesen. „Trotzdem" könne keine strafrechtliche Verfolgung der Täter eintreten, da sie sich in einem die Strafbarkeit ausschließenden Irrtum im Sinne des § 59 Strafgesetzbuch befunden hätten! Der Generalstaatsanwalt führt aus, daß den Soldaten befohlen worden sei, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wenn ein Festgenommener zu fliehen versuche und trotz dreimaligen Anrufs nicht stehe. Demgemäß hätten sich die Soldaten für befugt gehalten, zu schießen, indem sie ohne Fahrlässigkeit hätten annehmen dürfen, der ihnen unbekannte „fliehende" Paasche sei ein von dem Gendarmeriewachtmeister Festgenommener. Also auch der Generalstaatsanwalt nimmt für die Soldateska, die Hans Paasche ums Leben gebracht hat, das Fehlen des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit in Anspruch!

Die Darlegungen des Generalstaatsanwalts laufen darauf hinaus, daß der Schuldige am Tode Hans Paasches der Erschossene selbst gewesen sei! Hans Paasche, der nicht Verhaftete und nicht einmal Festgenommene, hatte natürlich die verdammte Untertanenpflicht, sich über die aufgestellten Militärposten nicht zu wundern; in ihm durfte kein „entschuldbarer Irrtum" über den Zweck dieser Posten auftauchen; Hans Paasche war nicht berechtigt, den Verdacht zu hegen, man habe es auf ihn abgesehen! Der Gendarmeriewachtmeister aber, bei dem sich eigentümlicherweise während der „Verfolgung" der Deckel seiner Revolvertasche geöffnet hatte und die braven Soldaten, sie waren befugt, anzunehmen, der nur mit einer kurzen Joppe und einer kurzen Sommerbadehose Bekleidete wäre in der Lage, wer weiß wohin zu „fliehen"; sie brauchten bei dem Schießen natürlich nicht darauf zu achten, den Laufenden nur unfähig zu machen, ihnen zu entweichen; für sie war selbstverständlich der Respekt vor dem Leben kein Gebot!"

Gustav, der Starke, in Harburg.

Wie neulich die Aussperrung der gelernten Harburger Arbeiterschaft anläßlich des Streiks der Maschinisten und Heizer bewiesen hat, fühlen sich die Harburger Großindustriellen sehr stark. Um noch schärfer vorgehen zu können, haben sie sich den Oberpräsidenten von Hannover, Herrn Noske, Gustav den Starken, den Schlächter des deutschen Proletariats, kommen lassen. Und Gustav kam und redete, wie Wilhelm zu reden pflegte. Er werde sich in Zukunft besser um Harburg kümmern, es dürfe dem Wasserkopf Hamburg nicht einverleibt werden. Keine Handbreit Boden werde er der Provinz Hannover entreißen lassen. Den Forderungen der Harburger Industrie werde er stets Rechnung tragen. Arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten müßten die Arbeiter. Um die Entwicklung der Harburger Industrie vor Streiks sicherzustellen, werde er zum „Schutz der geregelten Arbeit" — zwei bis drei Hundertschaften Sipo senden.

Armer Noske! Ihm ist kein ander Heil und keine andere Hilfe gegeben, als bewaffnete Söldner. Aber ist es nicht beschämend für diesen großen Mann, der sich einst als Militärdiktator rühmte, daß noch niemand vor ihm in Deutschland solche Machtbefugnisse besessen habe, jetzt nur 200 bis 300 Mann verschicken zu können? Da hatte ja Noskes kleinerer Vorgänger Napoleon auf Elba noch über mehr Soldaten zu verfügen.

Leider verlautet nichts darüber, ob Noske über die Harburger Sipo auch eine Parade abgehalten hat.

„Die Berliner Schweine sollen erst aus der Hand fressen lernen".

Ein Kriegsbeschädigter, der in der Unterkunftsstelle für Kriegsbeschädigte in Saarow in der Mark untergebracht war, schreibt uns unter anderem:

Während meines ¾jährigen Dortseins kam ich mit einem Kameraden zusammen, welcher auf dem „Rittergut Scharfenbrück" (eine Stunde von Luckenwalde entfernt) angestellt ist. Anfang November 1920 ließ sich genannter für 3 Tage nach seiner Familie beurlauben.

Dort angekommen, war seine erste Frage, wieweit seit ihr mit der Feldbestellung? Antwort: „Kein Korn gesäet!" Warum? Der „Alte" (Besitzer) sagte: „Die Berliner Schweine (?) sollen erst aus der Hand fressen lernen!"

Der betreffende Großagrarier besitzt mehrere hundert Morgen Land. Natürlich läßt er das Korn nicht ungesäet, um die „Berliner Schweine" aus der Hand fressen zu lehren, sondern, weil es im Interesse seines Profits liegt, kein Korn zu säen.

Wir haben kürzlich in einem längeren Artikel an der Hand von Zahlen nachgewiesen, daß die Großagrarier die landwirtschaftliche Produktion absichtlich herunterkommen lassen und Ackerboden in Weideland verwandeln. In dem Herrn Rittergutsbesitzer von Scharfenbrück sehen unsere Leser ein lebendiges Beweisstück für unsere Behauptungen.

Severing bestätigt keine Kommunisten.

Im Herbst v. Js. wurde von der gesamten Linken einschließlich der Rechtssozialisten der Stadtverordnetenversammlung Halle Genosse Kilian zum besoldeten Stadtrat gewählt. Die Rechtssozialisten stimmten für ihn, weil sie auf diese Weise mit unserer Unterstützung den Polizeidirektor Dölz durchzubringen gedachten. Während dieser bereits am 18. Oktober nach seiner Bestätigung eingeführt werden konnte, ließ die Antwort der Regierung auf Bestätigung des Genossen Kilian lange auf sich warten. Es bedurfte eines halben Jahres, ehe die Regierung sich mit folgender Verhöhnung der Demokratie hervorwagte:

Der Regierungspräsident.
J.-Nr. 1—1422/21 Merseburg, 15. 2. 21.

Auf den Bericht vom 30. September 1920.

Im Einverständnis mit dem Herrn Minister des Innern versage ich hiermit unter Zustimmung des Bezirksausschusses der Wahl des Lokalredakteurs Stadtrats Otto Kilian zum besoldeten Stadtrat der Stadtgemeinde Halle die Bestätigung.

gez. v. Gersdorff.

Diese Nichtbestätigung Kilians nimmt uns nicht weiter wunder. Nachdem der rechtssozialistische Herr Severing in der Preußischen Landesversammlung öffentlich kundgab, daß ihm ein Deutschnationaler eine immerhin noch sicherere Stütze der Republik zu sein scheine als etwa ein Kommunist, war für uns verständlich. Ueber Achtung der kommunalen Selbstverwaltungsrechte mit einem solchen Manne diskutieren zu wollen, hieße Flöhe fangen. Es kommt nichts dabei heraus. Demokratie gilt es nur für Interessenvertreter des kapitalistischen Staates. Sonst wird sie wie ein Hund behandelt, der einen Tritt bekommt, wenn er unbequem wird!

Jeder Genosse einen Abonnenten!

Der Wahlausgang in Schlesien lehrt uns, daß wir mehr denn sonst an die Arbeit gehen müssen. Organisation und Presse müssen ausgebaut werden. Eine gute, verbreitete Presse kann einen gewaltigen Einfluß ausüben. Sie bildet eine Macht. Diesen Einfluß stärken kann jeder Genosse, jede Genossin. Viel Mühe gehört nicht dazu, nur guter Wille und Ausdauer. Wir wissen, daß die Verbreitung unseres Blattes sich mit der Zahl der Abonnenten nicht erschöpft. Unsere Zeitung wird in der Familie von den einzelnen Familienmitgliedern gelesen, und deshalb ist die Weiterverbreitung des Blattes von so großer Bedeutung. Es ist uns nicht unbekannt, daß infolge der Arbeitslosigkeit mancher Anhänger das Blatt nicht mehr abonniert, sondern es da liest, wo es öffentlich ausliegt. Aber es gibt doch noch viele andere, die erneut angestoßen werden müssen, um unser Blatt zu abonnieren. Jeder unserer Parteifreunde müßte sich vornehmen, in den nächsten Tagen **einen** Abonnenten zu werben und seinen Stolz darein setzen, diese Absicht auch durchzuführen. Das muß möglich sein.

Mit einem Schlage wäre die Leserzahl verdoppelt. Unser Blatt und auch unsere Bewegung würden gewaltig gewinnen. Ausdauer und Zähigkeit sind die Eigenschaften, die uns dieses Ziel erreichen lassen. Und dann geht es weiter.

Gehen wir an diese Arbeit mit fester Entschlußkraft, der Erfolg wird nicht fehlen.

Werbt für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung".

Ausland.

Die „Aufstände in der Ukraine".

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.").

Riga, 26. Februar. Kwiring, ein Mitglied der russisch-ukrainischen Friedensdelegation, erhielt gestern ein Telegramm von Rakowski, dem Vorsitzenden der ukrainischen Sowjetrepublik, in welchem es heißt: Alle Nachrichten der ausländischen Presse über Aufstände in der Ukraine seien glatt erfunden. Besonders der in Paris gemeldete, wonach in Kiew eine Meuterei der Soldaten erfolgt sei, die sich mit den Arbeitern und Eisenbahnern verbündet, das Arsenal und die Stadtteile mit den Explosivstofflagern besetzt und wonach die loyalen Truppen sich zurückgezogen hätten und zahlreiche Sowjetbeamte getötet worden wären. Alles dies ist vollkommen aus der Luft gegriffen. In Kiew herrscht, seit die Polen es verlassen haben, vollkommene Ruhe. Nach einem anderen Telegramm soll Machno in Jekaterinoslav Progrome veranstaltet haben. Machno war aber niemals in Jekaterinoslav, seit den Zeiten Denekins, wo er diese Stadt mehrmals geplündert hat. Der Zweck aller dieser Meldungen ist sonnenklar.

Die Deutschen kommen Mittwoch dran.

London, 26. Februar. „Pall Mall Gazette and Globe" zufolge ist der Mittwoch jetzt als derjenige Tag festgesetzt worden, an dem die deutschen Delegierten zum ersten Male auf der Konferenz erscheinen werden.

Die Zeitung „Evening Standard" will von maßgebender Stelle erfahren haben, daß Deutschland eine Reparationssumme von 150 Milliarden Goldmark, verteilt auf 30 Jahre, anbieten werde. Die Zahlung solle durch ein Internationales Produktions- und Verkaufssyndikat erfolgen, das die Rohstoffe kontrollieren und die Verteilung der Produkte anordnen würde. Dieser Plan werde von Stinnes und Rathenau unterstützt.

Genossenschaftliches.

Die Genossenschaftsbürokratie beginnt die Zerstörung der Konsumvereine.

Nachfolgendes Dokument wurde unserem Genossen Karl Ertinger von seinem Aufsichtsrat vorgelegt:

„Erklärung!
des Aufsichtsrates der Konsumgenossenschaft Thüringen, Jena, vom 22. Februar 1921.

Der Aufsichtsrat hegt gegenüber der Tätigkeit des Geschäftsführers Ertinger für die Kommunistische Partei innerhalb unserer Genossenschaft das schwere Bedenken, daß der genossenschaftliche Zusammenhalt der Konsumgenossenschaft in einer Zeit schwer gefährdet wird, die dringend den festen Zusammenhang der Genossenschaft erfordert.

Der Aufsichtsrat muß deshalb verlangen, daß die Geschäftsführer des Vereins sich innerhalb der Genossenschaft den Beschlüssen und Anweisungen dieser Organisation fügen.

Beschlüsse und Anweisungen anderer Organisationen dürfen für die Tätigkeit innerhalb der Genossenschaft nicht maßgebend sein, da durch deren Charakter, ob gewollt oder nicht gewollt, die Genossenschaft in ihrem jetzigen Bestande gefährdet wird.

Ebenfalls nicht billigen kann der Aufsichtsrat die persönlich verletzenden Angriffe, die in den vom Geschäftsführer Ertinger verfaßten Zeitungsartikeln enthalten sind."

Genosse Ertinger führt seit langem einen Kampf um die Grundsätze und Aufgaben der Konsumvereine mit den Hamburger ZBDK.-Bonzen und seinem mehrheitssozialistischen und unabhängigen Anhang. Diese Tätigkeit stört aber die „Harmonie" der Genossenschaftsführer. Im Kampfe gegen die Kommunisten sind sie eins mit den Gewerkschaftsbürokraten. Dieser Vorgang reiht sich würdig an die zerstörende Arbeit der Bonzenklique in den Gewerkschaften, an. Für die Proletarier muß es aber jetzt heißen:

Hinein in die Konsumvereine, organisiert Euch dort als Fraktionen, und zeigt auch dort, daß Ihr gewillt seid, Euch nicht die proletarischen Konsumorganisationen von Leuten, die im Fahrwasser der Stinnes und Konsorten segeln, aus der Hand reißen zu lassen!

Gewerkschaftliches.

Der Kampf um Moskau in den Gewerkschaften.

Die auf dem Boden der Moskauer Gewerkschaftsinternationale stehenden Kollegen des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstalteten am 25. Februar eine Versammlung, um gegen die Gewerkschaftszersplitterer vom Schlage eines Dißmann vorzugehen. Das Thema war: Sind die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages durchgeführt worden? An Stelle des verhinderten Kollegen Rusch war Kollege Goizlewitz, Berlin, erschienen. Die Versammlung war leider schlecht besucht, eine Tatsache, die die revolutionären Metallarbeiter zur intensivsten Aufrüttelung ihrer gleichgültigen Kollegen anspornen sollte. Die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie kann nur durch geduldige fleißige Arbeit gebrochen werden. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in sehr sachlicher Weise. Mit reichlichem Material belegte er die Tatsache, daß alle Willenserklärungen des Stuttgarter Verbandstages, wie Schaffung des Industrieverbandes, Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft, Revolutionierung des Verbandes usw., von den revolutionären Phrasendreschern der USP. nicht in die Praxis umgesetzt wurden. Arm in Arm mit dem ehemals verpönten Schlicke und Konsorten tritt man die alte rechtssozialistische Politik. Die abgelehnte

Arbeitsgemeinschaft wurde auf Hintertüren als staatliche Arbeitsgemeinschaft im Eisenbund, als internationale Arbeitsgemeinschaft über die Verbindung durch das internationale Arbeitsamt mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von neuem eingerichtet. Dank dieser Politik haben die Eisenindustriellen ihre ungeheuren Profite erzielen können. Ohnmächtig steht dieser Ausbeutung des arbeitenden Volkes und der Metallarbeiter die Verbandsleitung gegenüber. Gegen das Kapital können und wollen sie nicht kämpfen. Der Hauptvorstand weiß nur den Kampf gegen die Kommunisten zu führen. Die fadenscheinigsten Gründe werden an den Haaren herbeigezogen, um die unbequemen Mahner aus dem Verbande hinaus zu bugsieren. An einzelnen drastischen Beispielen zeigte der Referent, mit welchen kläglichen Mitteln man diesen Zweck zu erreichen sucht. Die Verleumdungen und Verdrehungen über die Moskauer Gewerkschaftsinternationale wurden vom Referenten widerlegt. Er schloß seine inhaltreichen Ausführungen mit der Aufforderung, sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, als dem Zentrum des proletarischen Klassenkampfes, anzuschließen. Die Ende Februar stattfindende Reichskonferenz der Opposition sollte unbedingt beschickt werden.

Genosse Kumerow als erster Diskussionsredner zeigte durch eine Klarlegung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, wie alle reformistische Einstellung auf Erringung kleiner Vorteile historisch überlebt ist. Die Gewerkschaftsbürokratie mit ihrem sogenannten nüchternen Praktizismus betreibt eine Maulwurfspolitik, die die Arbeiterklassen ins Verderben führt. Nur die Beseitigung dieser Lakaien des Kapitals, ihre geistige Ueberwindung auf dem Wege der revolutionären Erziehung der Gewerkschaften, kann diese gewaltigen Wirtschaftsorganisationen zur wuchtigsten Waffe des Klassenkampfes umschmieden.

Der Clou des Abends war ohne Zweifel der zweite Diskussionsredner Kollege Kuhnert von der USP. Mit der Sicherheit, die gewöhnlich jedem Konfusionsrat eigen ist, verzapfte er einen USP.-Salat, der selbst bei den politischen Allerweltsköchen seiner Richtung wohl seines gleichen nicht mehr finden wird. Kollege Kuhnert übertraf sich selbst. Jeder Nachsatz hob den Vorsatz wieder auf. Der rethorische Eier- und Schleiertanz wurde auch gebührend anerkannt durch starke Heiterkeitserfolge, die sich noch steigerten, als Genosse Kumerow dem Kollegen Kuhnert nachwies, daß seine theoretischen Spintisiereien eine abgrundtiefe Schärfe des Unsinns verraten. Als Delegierter zum Reichskongreß wurde Genosse Scholz gewählt. Um 11 Uhr konnte er die Versammlung schließen. Sie bedeutete für die revolutionären Breslauer Metallarbeiter einen vollen moralischen Erfolg. ow.

Ein Gewaltstreich der Gewerkschaftsführer im Breslauer DEV.?

Den Angestellten und Vorstandsmitgliedern im DEV. wurde der bekannte Ukas der Verbandsleitung vorgelegt, nach dem sich die Funktionäre verpflichten sollten, nur im Sinne der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu wirken. Unsere Breslauer Genossen haben die Unterschrift abgelehnt und senden uns folgende Erklärung:

Erklärung!

Unterzeichnete Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau des DEV. erklären:

Da wir entsprechend den Satzungen des DEV. § 2 die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und deren Ersetzung durch die sozialistische Wirtschaftsordnung auf dem Wege des Klassenkampfes anstreben, lehnen wir es ab, einen Revers zu unterzeichnen, der uns für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale verpflichtet. Diese Gewerkschaftsinternationale steht, im Gegensatz zu den Satzungen des DEV., nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, sondern praktisch auf dem Boden der Klassenharmonie und des Wirtschaftsfriedens zwischen Kapital und Arbeit. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist dem von den imperialistischen Westmächten zur Unterdrückung der proletarischen Weltrevolution eingesetzten „Völkerbunde" beigetreten, indem sie zum Zweck der Ueberbrückung der Klassengegensätze sich korporativ an dem vom „Völkerbunde" der Kapitalisten eingesetzten und finanzierten „Rat der Arbeit" beteiligt.

Wir verlangen von einer Gewerkschaftsinternationale ein vorbehaltloses Bekenntnis zum Klassenkampf und dessen rücksichtslose Führung. Deshalb sind wir gegen Amsterdam, deshalb für Moskau und wir glauben, nach den Satzungen des DEV. als gewerkschaftliche Klassenkämpfer nicht anders handeln zu können.

Wir ersuchen, den Mitgliedern der Ortsgruppe Breslau des DEV. hiervon umgehend Kenntnis zu geben.

Breslau, den 25. Februar 1921.

Bezirksbetriebsrat der Hauptwerkstätten.
gez.: George.
Obmann d. Betriebsrats Betriebswerkstatt M.-F. Breslau.
gez.: W. Blacha.
Obmann d. Betriebsrats Eilgutabfertigung Breslau-West.
gez.: F. Molka.
Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau des DEV.

Die Kaliarbeiter im Mansfelder Seekreis vor dem Kampf.

Wie aus Eisleben berichtet wird, fand am 24. Februar in Trebitz auf Johannashall eine Sitzung der Direktion mit den Arbeitervertretern, Landrat und Vertretern des Oberpräsidenten statt, die sich mit der Frage der weiteren Inbetriebhaltung der Grube „Johannashall" beschäftigte. Trotz allem gütigen Zureden der Behörden war das Resultat, daß die Grube einfach stillgelegt wird. Die Arbeiter sind bereits entlassen. Vorläufig sollen sie jede Woche 2—3 Tage arbeiten, um das Werk nicht ersaufen zu lassen. Ein Hohn für die auf die Straße geworfenen Familien ist die Forderung der Direktion, daß sofort Sipo nach dem Revier entsandt werden soll. Die Erregung unter den Kaliarbeitern ist groß, zumal durch diese brutale Maßnahme der Unternehmer hunderte in der Gegend ansässige Arbeiterfamilien brotlos werden.

Der Prozeß gegen die Kapp-Bestien.

Vor der hiesigen zweiten Strafkammer begann am Montag unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Moeller die Verhandlung gegen drei der schlimmsten Halunken. Angeklagte sind der 44 Jahre alte Offiziersstellvertreter Max Walter, der 23 Jahre alte Oberjäger Wilhelm Biskup und der 24 Jahre alte Unteroffizier Martin Breffka wegen schwerer Körperverletzung.

Für die Verhandlungen sind sechs Tage in Aussicht genommen. Geladen sind 71 Zeugen und vier Sachverständige.

Verteidiger der Angeklagten sind die Rechtsanwälte Dr. Friedrich und Dr. Czaia. Der mißhandelte Student Imbach tritt als Nebenkläger auf und wird durch Rechtsanwalt Dr. Engel vertreten.

In den Kapptagen besetzte das Freikorps Aulock das Generalkommando in der Schweidnitzer Straße und dorthin wurden alle Personen gebracht, die von den Truppen verhaftet wurden. In den als Wachtstube, Gefangenenraum usw. hergestellten Zimmern begannen die schwersten Mißhandlungen. Mit Handgranaten, Gummiknüppeln, Gewehrkolben und Koppeln wurden die Gefangenen bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt.

Die Vernehmung der Angeklagten ergab natürlich die üblichen Ausreden: „Kein Engel ist so rein."

Walter will selbst nicht einmal Mißhandlungen gesehen, sondern nur davon gehört haben und er habe deshalb mehrere Male die Prügeleien verboten. Er will sehr oft nicht anwesend gewesen sein und einmal mit einem Auto bis Mitternacht auf Patrouillenfahrt nach Klettendorf usw. befunden haben.

Es ist vom Gerichte auf alle Fälle zu prüfen, ob diese nächtlichen „Patrouillenfahrten" nicht etwa mit dem Verschwinden Schottlaenders, Demmigs und der anderen Ermordeten im Zusammenhange steht.

Nach den Aussagen der Zeugen war Biskup der Schlimmste und hat sich wie eine Bestie benommen.

Der Zeuge Heitner sagte unter anderem aus: daß Trinkwasser verweigert worden sei, ebenso hätten sie ihre menschlichen Bedürfnisse nicht verrichten dürfen; über zehn Stunden mußten sie mit dem Gesicht der Wand zugekehrt stehen und wären von hinten geschlagen worden. Die Nägel in den Wänden hätten kreisförmig in Kopfhöhe in den Wänden gesessen mit Blut besudelt.

Große Blutlachen bedeckten den Fußboden.

Auch will der Zeuge gesehen haben, wie der Angeklagte Walter den Demmig geschlagen hat. Die Besichtigung der Folterkammer hat erst nach der Renovierung wegen eines angeblichen Stubenbrandes stattgefunden.

Der Zeuge Brandt gibt an, daß Biskup einen neben ihm stehenden Mann mit einer Handgranate über den Kopf geschlagen habe, so daß derselbe

tot zusammenbrach.

Man habe dann verfügt, die Leiche durch die Feuerwehr wegtransportieren zu lassen; diese habe es aber abgelehnt, die Leiche mitzunehmen.

Die Angeklagten erklärten noch, in der Wachtstube sei nicht geprügelt worden, sondern die Transporteure hätten geprügelt, die sie aber nicht kennen und man man habe die Transporteure, die in die Wachtstube nachdrängen wollten, immer hinausbesorgen müssen, da sie bei dieser Gelegenheit immer soviel im Zimmer (selbst Brot) gestohlen hätten.

Auf solche Gesellen also war die Kappregierung noch stolz und diese wurden in den Märztagen auf die Bevölkerung losgelassen. Pfui Deibel!

Man sollte nicht annehmen, daß ein Mensch zu solchen Taten fähig wäre. Der Ekel steigt jedem Menschen auf über die Handlungen dieser vertierten Subjekte. Aber auch Biskup ist nach seinen Aussagen ein lieber, guter Kerl gewesen, der es mit den Gefangenen ehrlich meinte. Die Zeugen erklärten, daß er gerade der Schlimmste gewesen sei. Er, Biskup, habe mit einer Handgranate einen Mann totgeschlagen.

Breffka hat sich [illegible]falls an den Prügeleien mit einem Lederkoppel beteiligt.

Auf Befragen des Verteidigers gibt Walter an, daß nach den Kämpfen im Ruhrgebiet der Reichspräsident (sage mir mit wem du umgehst und ich will dir sagen.... Red.) den Truppen für die Niedermetzelung der Proletarier ein Lob ausgesprochen habe.

Die Verteidigung will beantragen, daß die gemeinen Vergehen dieser Halunken noch unter das Amnestiegesetz fallen.

Wir würden uns nicht wundern, wenn die „heilige" bürgerliche Justiz dieses „Rechts"kunststück zuwege brächte. Für jeden von bürgerlichen Rechtsbegriffen noch nicht verseuchten Menschen ist es klar, daß die Biskup und Gesindel die Helfer, wenn nicht die Täter bei dem Morde an Schottlaender, Demmig usw. sind. Wir können verstehen, daß das bürgerliche Gericht ein großes Interesse daran hat, diese unangenehme Angelegenheit von der Anklagebank hinwegzuziehen und den Mantel der Amnestie darüber zu breiten. Wir werden es aber nicht dulden. Das Proletariat wird sich seiner proletarischen Gerechtigkeit Genugtuung verschaffen und über die ihr Urteil fällen, die schuldig an diesen Verbrechen sind:

Die Militärkamarilla!
Die bürgerliche Justiz!
Der kapitalistische Staat!

Internationales.

Schluß der Wiener Konferenz.

Die Konferenz in Wien ist mit einem hübschen Bühnenschluß beendet worden. Es gab sozusagen einen kleinen revolutionären Knalleffekt zum Schluß dadurch, daß Otto Bauer mit Emphase gegen Renaudel auftrat, als Revolutionär auftrat. Aber dies geschah nicht etwa in einer grundsätzlichen Frage für den revolutionären Klassenkampf, sondern es geschah, weil Renaudel seinen Genossen Longuet herunterkanzelte, als dieser die Hilfe des französischen Proletariats für die unterdrückten Oesterreicher und gegen den Friedensvertrag versprach. Renaudel, mit dem man sich schon in der Kommission etwas gezankt hatte, worüber aber nichts an die Oeffentlichkeit kam, erklärte nämlich, bestürzt durch die klassenkämpferischen Schlußakkorde, die französischen Genossen dürften doch das nationale Problem nicht vergessen. Die französische Bevölkerung fürchte eine neue Invasion, das französische Volk sei gar nicht reaktionär, nur würden die Sozialisten von ihrer Mehrheit nicht völlig verstanden. Nun, Renaudel wurde nicht in die Exekutive der neuen Internationale gewählt, dafür aber von Deutschland Crispien und Ledebour; und der brave Ledebour erklärte zum Schluß, die Hauptsache der Konferenz, nämlich die Gründung der Arbeitsgemeinschaft, sei gelungen. Schöne Resolutionen könnten nicht helfen, sondern nur die Tat, die Tat, die Tat.

* * *

Doch wir haben noch nachzutragen, daß Ledebour schon in der Diskussion über Imperialismus und soziale Revolution versprochen hatte, daß die USP. gegen die Konterrevolution tätlich werden wollte. Uebrigens war er noch der einzige, der wenigstens Sowjet-Rußland gegenüber nicht beständig die Haltung des gereizten Hinausgeworfenen annahm, sondern sich auf die Notwendigkeit des Kampfes für Sowjet-Rußland besann. Es wurde ihm reichlich schwer gemacht. Der bulgarische kommunistische Abgeordnete Kolaroff erklärte mit Recht in Wien, die Frühlingsoffensive gegen Sowjet-Rußland sei von der Entente noch von der Sozialistenkonferenz in Wien ergriffen worden. Nach einem Referat Mistrals über den Kampf gegen die Gegenrevolution hatte man übrigens beschlossen, daß dieser durch eine Demonstration am 13. März bestens einzuleiten wäre.

In das Exekutivkomitee wurden gewählt: Adler, Staret (Oesterreich), Crispien, Ledebour (Deutschland), Gräber, Grimm (Schweiz), Wallhead, Shinwell (England), Bracke, Longuet (Frankreich), Tschermack (Tschechoslowakei), Kunfi (Ungarn), Kosanin (Jugoslawien), Pistiner (Rumänien), Januschkiewicz (Litauen), Wilzin (Lettland) und Kaplansky (Poale-Zion).

Aus Sowjet-Rußland.

Im Kampf für die Volksgesundheit. Am 1. April beginnt die große Kampagne für die allgemeine Impfpflicht in allen Schulen, Betrieben, Dörfern und allen Teilen der Roten Armee.

„Novij Put" meldet:

Die Sektion für den Kampf mit der Tuberkulose beim Volksgesundheitsamte eröffnet am 1. März in Moskau besondere Kurse für Aerzte, deren Dauer auf 3 Monate berechnet ist. In den Kursen soll den Aerzten Gelegenheit gegeben werden, sich mit den neuesten Heilmethoden der Tuberkulose vertraut zu machen.

Bauernheime. Gegenwärtig werden in vielen Städten Heime für Bauern errichtet, welche die Stadt besuchen. In diesen Heimen erhalten die Bauern warmes Essen, ferner Futter für ihre Pferde; endlich werden in den Heimen Vorträge abgehalten und Konzerte veranstaltet.

Kaukasisches Getreide für Sowjetrußland. Das Volkskommissariat für Ernährungswesen beauftragt aus dem Kaukasus täglich 200 Waggons Getreide den Zentren zu liefern.

Aus der Provinz.

Die Mühlenproletarier im Kampfe.

Man schreibt uns: Am 26. Januar d. J. reichte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Bezirk II, Sitz Breslau, an folgende Mühlen eine Lohnforderung von Mk. 40,— wöchentlich ein: Landeshuter Mühlenwerke, Sarauer Mühlenwerke, Große Mühle Neiße, Kunstmühle Grädig, C. A. Conrad-Freiburg, C. G. Hilbert-Reichenbach. Die Firma Hilbert antwortete am 28. Januar 1921 folgendermaßen: „Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 26. d. M., in welchem Sie trotz der sinkenden Preise für sämtliche Artikel des täglichen Bedarfes die z. Zt. geltenden Lohnsätze kündigen und eine Erhöhung der Löhne um Mk. 40,00 pro Woche fordern. Ob und wann ich mit Ihnen in Verbindung treten werde, teile ich Ihnen noch rechtzeitig mit. A. A. Dr. Lutosch". Der Geschäftsführer der Mühlenvereinigung am Schlesischen Gebirge, Herr Dehnel-Breslau, teilte am 20. d. M. telephonisch der Verbandsleitung mit, daß die Mühlen beschlossen haben, eine Lohnerhöhung erst nur dann zu gewähren, wenn die neuen Mahllöhne bewilligt sind und z. Z. halten die Mühlen eine Aufbesserung der Löhne nicht für nötig. Also eine glatte Ablehnung unserer Forderung. Durch Einzelverhandlungen mit der Firma C. A. Conrad-Freiburg und den Sarauer Mühlenwerken wurde erreicht, daß eine Verhandlung am Freitag, den 25. d. M., mit genannten Mühlen in Breslau stattfand. In den Verhandlungen wurde von seiten der Arbeitgeber nicht auf den allgemeinen Preisabbau und die schlechte Beschäftigung der Mühlen hingewiesen; es wurde keine Lohnerhöhung angenommen, sondern erklärt: Die Mühlen erklären sich noch

reiflicher Ueberlegung bereit, die z. Z. bestehenden Löhne für:

a) Walzenführer, Maschinisten und Heizer, Mehl- und Getreidelagerhalter, Vorarbeiter, Bau- und sonstige Handwerker	Mk. 200,—
b) Gelernte Müller	„ 198,—
c) Mühlen- und Speichereiarbeiter	„ 192,50
d) Kutscher und Stallarbeiter	„ 192,50
e) Arbeiterinnen	„ 110,—

von denen noch Steuern, Kranken- und Invalidengeld in Abzug gebracht werden, noch 4 bis 8 Wochen bestehen zu lassen. Sollte die Reichsgetreidestelle Berlin eine Erhöhung der Mahllöhne vornehmen und die Mühlen gut beschäftigt werden, dann wollen die Mühlen in eine Beratung der Lohnforderung eintreten. Das schlug natürlich dem Faß den Boden aus und die anwesenden Organisations- sowie die Arbeitnehmervertreter betrachteten dies als eine Verhöhnung des von ihnen gemachten Angebots. Eine Lohnerhöhung von Mk. 30,— vorzunehmen fand keine Beachtung und deshalb beschlossen die Arbeitnehmer der Mühlen: Freiburg, Reichenbach, Grädiß und Sarau die Arbeit niederzulegen.

Es sei noch kurz darauf hingewiesen, daß eine Lohnpolitik mit den Mühlen immer betrieben worden ist, die dem Beschäftigungsverhältnis derselben Rechnung getragen hat. Die aber seit einigen Monaten stattfindende Beschäftigung der Mühlen ermöglicht es ohne weiteres, eine Lohnzulage vorzunehmen. Es macht sich deshalb nötig, einmal auf den Beschäftigungsgrad hinzuweisen.

Die Sarauer Mühlenwerke vermahlen seit Juli 1920 täglich 40 t und beschäftigt damit 30 Mühlenarbeiter.

Reichenbach seit November 1920 täglich 120 t bei noch nicht 100 Arbeitern.

Freiburg seit Dezember 1920 täglich 70 t bei 60 Arbeitern.

Grädiß seit Oktober 1920 täglich 40 t bei 30 Arbeitern; hier stehen die Arbeiter mit ihrem Lohn noch Mk. 10,— tiefer als in den übrigen Mühlen. In dem Mahllohn von der Reichsgetreidestelle aber ist ein Wochenlohn von Mk. 260,— eingerechnet. Die Forderung von Mk. 30,— ab 1. März 1921 ist also keinesfalls ungerechtfertigt; es würden trotzdem den Mühlen für die ganze Zeit der guten Beschäftigung noch Mk. 60,— und darüber Extraprofit pro Person und Woche in der Tasche bleiben. Hier machen sich die Richtlinien des Allgemeinen Arbeitgeber-Verbandes — keine Lohnerhöhungen mehr vorzunehmen — so richtig bemerkbar. Ich ersuche alle Leser dieses Artikels zu prüfen, von wem der Kampf heraufbeschworen worden ist und ersuche, dafür zu sorgen, das Zuzug von Arbeitskräften nach diesen Betrieben ferngehalten wird.

* * *

Dasselbe Bild wie bei allen Gelegenheiten, wo die Proletarier gezwungen sind, an ihre Bourgeois Forderungen zu stellen. Die sich wieder mächtig fühlenden Ausbeuter lehnen die Verhandlungen ab, zwingen die Proletarier in den Kampf um ihre Forderungen. Sie sehen dabei viel klarer, als das durch die menschewistische Propaganda der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital seiner revolutionären Kraft beraubte Proletariat. Es lehrt damit dem Proletariat, daß die Austragung der Gegensätze, Kapital und Arbeit, nur durch den Klassenkampf, niemals aber durch Arbeitsgemeinschaften geschehen kann. Das Mühlenproletariat hat den Kampf aufgenommen, weil es nicht gewillt ist, durch seine weitere Verelendung den Mühlenbesitzern die Geldsäcke zu füllen. Kampf der Ausgebeuteten ist rücksichtsloses Handeln, getrieben von den Lebensnotwendigkeiten der Ausgebeuteten. Die kämpfenden Proletarier dürfen sich nicht leiten lassen von der Rücksicht auf das „Weiterbestehen des Gewerbes". Die Wahrung der kapitalistischen „Ordnung" liegt nicht im Interesse des Proletariats. Jeder begonnene Lohnkampf ist eine Einleitung zum Sturz der ausbeutenden Gesellschaft. Soll ein Erfolg erzielt werden, dann wird immer dringender notwendig, daß, wie es der „Offene Brief" verlangt, einheitliche Lohnbewegungen zustande kommen.

Bleibt unsere Zeitung aus, so ist zunächst mündlich oder schriftlich Beschwerde beim Vorsteher des Bestellamts einzureichen. Ist diese Beschwerde erfolglos, so wende man sich an den

Verlag der „Schles. Arb.-Ztg."

Lokales.

Breslau, den 2. März 1921.

Kommunisten der Linke-Hofmann-Werke!

Der Kommunismus soll das mahnende Gewissen der Arbeiterschaft sein. Wir appellieren an Euch als Kommunisten und erwarten, daß ihr pünktlich am Mittwoch, abends 7 Uhr, im Parteilokal zu einer wichtigen Besprechung erscheint.

Sympathiekundgebung für die streikenden Konfektionsarbeiter. Einige tausend Breslauer Proletarier hatten sich am Sonntag vormittag im Zirkus Busch versammelt, um den Streikenden ihre Sympathie auszudrücken. Die Ansprachen, die die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften hielten, waren recht unbedeutend und brachten lediglich längst bekanntes. Die Ausführungen des Kollegen Ploog bewegten sich auf etwas höherem Geistesniveau. Er, der Sozialdemokrat, mußte eingestehen, daß dieser Streik mehr ist als ein Lohnkampf, daß er ein Machtkampf ist, bei dem es für die Unternehmer um das Recht „Herr im Hause", für die Arbeiter um Schutz vor unbegrenzter Ausbeutung geht. Deshalb rief er die Kollegen der anderen Verbände auf, ihre Solidarität durch die Tat zu beweisen.

Der Vertreter des ADGB. versprach, für die notwendige Unterstützung der Streikenden Sorge tragen zu wollen.

Genosse Max Gruschwitz als Vertreter der Angestellten in der Bekleidungsindustrie gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß, solange die Angestellten dem Streike nicht beitreten, diese von den Unternehmern zu Streikbrecherarbeit gebraucht würden. Nicht die einzelnen Fachverbände vermögen das zusammengeschlossene Unternehmertum niederzukämpfen, sondern nur alle Angestellten und Arbeiter, die in der Bekleidungsindustrie tätig sind, zusammengeschlossen in einem Industrie-Verband. Er griff sodann die Arbeitsgemeinschaft an und bewies an der Brutalität der Unternehmer in diesem Streik, daß nur der rücksichtsloseste Klassenkampf die Interessen des Proletariats zu wahren vermag.

Herr Aderhold vom Asa beschimpfte zunächst seinen Konkurrenten vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und versuchte, die Sympathiekundgebung in eine sozialdemokratische Radauversammlung umzufälschen, indem er dem Gen. Gruschwitz persönlich als Freund der Arbeitsgemeinschaft befreundete. Gen. Gruschwitz blieb ihm die Antwort nicht schuldig und als der Störenfried Aderhold die Kundgebung zu sprengen versuchte, zwang ihn die versammelte Arbeiterschaft auf das Wort zu verzichten.

Genosse Klein knüpfte an die Worte des Kollegen Ploog an und wies nach, daß die Lohnkämpfe gegen das organisierte Unternehmertum heute immer zu Machtkämpfen werden müssen. Eine Niederlage der Arbeiter in der Konfektion wäre nicht nur eine Niederlage für diese, sondern durch die Stärkung des Widerstandswillens der Unternehmer eine Niederlage der gesamten Arbeiterschaft. Deshalb muß eine Niederlage unter allen Umständen verhindert werden. Der Vertreter des ADGB. hat den streikenden Konfektionsarbeitern Unterstützung zugesagt: es darf nicht bei Worten bleiben, die Unterstützung muß zur Tat werden. Ueber die Fehler der Streiktaktik werden wir uns nach Beendigung des Kampfes zu unterhalten haben; heute gilt es, alle Kräfte auf den Kampf einzustellen. Eine Niederlage der Bekleidungsarbeiter ist nur möglich, wenn sie von den anderen Verbänden allein gelassen werden. Ueber Sieg oder Niederlage entscheidet daher heute der ADGB. Läßt er zu, daß sich die schwachen Kräfte der Konfektionsarbeiter verbluten, so ist die Niederlage sicher und er trägt die Schuld an ihr, wirft er jedoch noch andere Arbeiter- und Angestelltenkategorien an die Kampffront und entschließt er sich zu der von uns geforderten einheitlichen Führung der Lohnkämpfe, dann ist den Arbeitern der Herren- und Knabenkonfektion der Sieg sicher.

Starker Beifall der Anwesenden folgte den Ausführungen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die im Zirkus Busch von Beschäftigten aller Branchen der Bekleidungsindustrie zahlreich besuchte Versammlung versichert der streikenden Konfektionsarbeiterschaft in ihrem Kampf gegen das hartnäckige organisierte Unternehmertum ihre weitgehendste moralische und wenn erforderlich auch materielle Unterstützung. Sie betrachtet den Kampf als einen vom Arbeitgeberverband mit bewußter und gewollter Absicht herbeigeführten, um der Arbeiterschaft die Schaffung eines Reichstarifes unter Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen, wie sie in anderen Tarifen bereits durchgeführt sind, zu verhindern.

Bei diesen Kampfesmethoden und Kampfesmitteln des organisierten Unternehmertums fordert die Versammlung alle Mitglieder der beteiligten Verbände auf, mit allen Mitteln die Streikenden im Kampfe um ihre berechtigten Forderungen, unter Zurückstellung der eigenen Interessen in weitgehendstem Maße zu unterstützen, bis die Unternehmerorganisation sich bereit findet, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen."

Die Vertagung des Provinziallandtages.

Beim Oberpräsidium fand in letzter Woche eine Sitzung der Vertreter städtischer politischen Parteien statt, die sich mit der Frage der Einberufung des Provinziallandtages beschäftigte. Nach den gesetzlich vorgeschriebenen Einberufungsfristen müßte der Landtag zurzeit der oberschlesischen Abstimmung zusammentreten. Nach Meinung sämtlicher bürgerlichen Parteien inklusive Mehrheitssozialisten schafft die Abstimmung für die Einberufung des Landtages viele technische Schwierigkeiten, besonders wenn man unter anderem das Abstimmen der aus Oberschlesien stammenden Abgeordneten für notwendig hält. Eventuell beabsichtigte die Einheitsfront von der Mehrheitssozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen den Landtag nach Eröffnung gleich wieder zu vertagen, natürlich, nachdem der Appell „seid einig, einig, einig" und „stimmt vor allen Dingen deutsch" ausgegeben war. Gegenüber dieser trauten Seelenharmonie vertraten unsere Vertreter den bekannten revolutionären Standpunkt zur oberschlesischen Frage, die in folgender Erklärung präzisiert wurde:

Die Vertreter der VKPD. (Sektion der Kommunistischen 3. Internationale) und der Vertreter der USPD. erklären, daß sie in der Frage der Einberufung des Provinziallandtages folgende Auffassung vertreten: Der vorgeschlagenen Verschiebung, welche mit der oberschlesischen Abstimmung am 20. März begründet wird, können wir nicht zustimmen, da wir in dieser Frage eine grundsätzlich andere Stellung einnehmen als die hier vertretenen nationalen Parteien.

Klein, Kumerow, VKPD. — Hellmann, USPD.

Die Herren nahmen je nach Gemütsart oder politischer Himmelsrichtung ironisch tächelnd oder verlegen schweigend von unserer Erklärung Kenntnis. Nach der glatten parlamentarischen Niederlage hatten unsere Vertreter keine Veranlassung mehr, den weiteren Schiebungen über die Verschiebung des Landtages beizuwohnen. Der Vertreter der USPD. hatte wieder zwei Seelen in seiner Brust. Die eine zwang ihn zur Unterschreibung unserer Resolution, die andere verführte ihn, sich gegen unsere Begründung zu verwahren. Die lendenlahme Erklärung war ein Musterbeispiel der USP.-Halbheit. Nach ihr ist der Krimskram des Provinziallandtages wichtiger als die oberschlesische Abstimmung. Dieser Standpunkt ist zu schön, um wahr zu sein und paßt deswegen gut für die USP.

Magistrats-Mitteilungen.

Wir machen auf die Bekanntmachung des Magistrats, betr. Verlegung einer Brotmarkenausgabestelle aufmerksam.

Versammlungskalender.

Kassierer! Die Haupt-Distriktskassierer wollen die Marken zu 50 Pf. und 30 Pf. für arbeitslose Genossen im Parteibüro abholen. Die Abrechnung für die Monate Januar und Februar d. Js. hat spätestens bis zum 10. d. Mts. zu erfolgen. Jeder Genosse, der bis dahin nicht kassiert wurde, hat sich nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr beim Kassierer im Parteibüro einzufinden.

Kassierer der Ortsgruppe Breslau VKPD

Alle im Baufach tätigen Kollegen, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, haben am Donnerstag, den 3. März, im roten Löwen, Kupferschmiedestraße, abends 7 Uhr, pünktlich zu erscheinen zu einer wichtigen Besprechung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Legitimation Verbandsbuch und Parteimitgliedsbuch.

Distrikt 1 und 2. Donnerstag, den 3. März, abends 7½ Uhr, Krullstraße 6. Tagesordnung: 1. Ausbau unserer Partei (Referent anwesend). 2. Verschiedenes.

Distrikt 5. Donnerstag, den 3. März, Versammlung. Tagesordnung: 1. Wesen und Ziel unserer Partei. 2. Verschiedenes.

Agitationsbezirk Waldenburg. Mittwoch, den 2. März, abends 6 Uhr, Bezirksfraktionssitzung der Bergarbeiter in der Stadtbrauerei Waldenburg. Alle Ortsgruppen, in denen Bergarbeiter organisiert sind, haben von diesen einen Delegierten zu schicken. Die komm. Fraktion der Bergarbeiter.

Fraktionssitzung der Metallarbeiter. Freitag, den 4. März, abends 6 Uhr, in der Stadtbrauerei Waldenburg. Erscheinen aller Kollegen erwünscht.

Die komm. Fraktion der Metallarbeiter.

Legitimationen in beiden Sitzungen Mitgliedsbuch der Partei.

Unterbezirk Waldenburg. Freitag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, Unterbezirkskonferenz bei Passen, Freiburger Straße. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein, da wichtige Tagesordnung. Die Unterbezirksleitung.

Weißstein. Sonntag, den 6. März, vorm. 9 Uhr, im Hochwald, Mitgliederversammlung.

Quittung. Ortsgruppe Weigelsdorf eingesandt Mk. 178.20 für Kampffond.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H."
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert,
für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.
Druck: Buchdruckerei Büssel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Mittwoch 7 Uhr: Die Zauberflöte.
Donnerstag 7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.

Lobe-Theater.
Täglich 7½ Uhr: Die Fahrt ins Blaue.

Thalia-Theater.
Täglich 7½ Uhr: Schnitzlerabend (Gefährtin, Literatur, Der tapfere Cassian).

Schauspielhaus.
Oderstraße. Tel. 2546
Täglich 7½ Uhr: Die blaue Blume.
Mittwoch 7½ Uhr: Der letzte Walzer.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Georg P. Eisenbart
Klosterstraße 129, III., empfiehlt sich zur Anfertigung feiner Herrengarderobe nach Maß.
Stoffe am Lager.
Solide Preise.

Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr: Illonebs Löwen und das glänzende März-Programm.

Ober-Bayern
Gartenstr. 68
Tägl. die urfidelen Oberlandler
Humor, Stimmung, Spaß.

Wiederverkäufer!
Strümpfe, Socken 6, Wolle, Taschentücher, Hosenträger, alle Kurzwaren, Spezialität: Damen 500 m Baumwolle 2.— M. Zwirne 200 Meter 42.— M. Schulmaterial von 9.10 M an, Gummiball etc. sehr billig. Probesendung 50—100 M. per Nachn. oder Voreinsendung auf Postscheckkonto Breslau 45 492.
L. Lehnert, Pestalozzistr. 7.
Fernruf: Ohle 1192.

Frauen
Wenn alles versagt, dann nehmen Sie bei Periodenstörung u. Unregelmäßigkeiten meine Injektion. Präparate Packg. M. 17,— u. 25,—. Ausführl. freiw. Druckschr. Ferner empfehle: Gummiwaren für Damen und Herren, Spülspritz., Irrigator., Leib- u. Bettunterlagen. Katalog geg. Einsendung von M. 1,—.
Fritz A. Geisler
Breslau 6, Abt. F.
Deßauerstraße 1, II
Gef. Briefe: Bill. Str. 36

Gehrock-Anzüge
gut erhalten kauft
Max Hadamek
Sandberger Str. 9, III.

Alt-Metalle
kauft Otto, Kaiserstr. 8.

Bedeutend billigere Möbel

Pol. Schrank, 2tür.	525.—
dto. Vertikow	525.—
dto. Bettstell. à Stück	225.—
Eine Kücheneinrichtung	1[illegible].—
Ausziehtisch	2[illegible].—
Plüschsofa	3[illegible].—
Kompl. Schlafzimmer	3[illegible].—
eichene Speisezimmer	[illegible]
Kompl. Betten von	580.— an
Chaiselongues	225.—
Paneelmatratze	190.—

Max Glassel, Brüderstr. 23

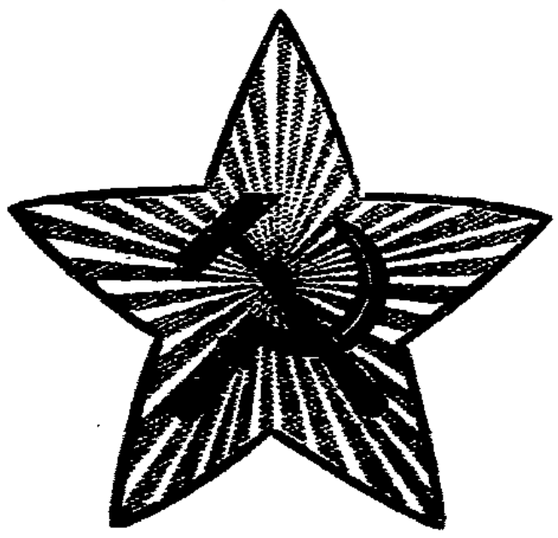
Überraschenden Erfolg
bei jeder Frau meine unerreichten [illegible] Spezialmittel bei Ausbleiben selbst ärztlicher Behandlung. Sie erlangen Sicherheit, wo alles andere versagte. — Schreiben Sie mit 1 Mark an Mk. Im [illegible] meine [illegible] Wirkung schon nach Stunden. Sie werden mir evtl. dankbar sein. Hoffnungslose Frauen werden dadurch glücklich. Die Mittel sind unschädlich, ich leiste reelle Garantie. Teilen Sie mir bitte mit, wie lange Sie schon zu klagen haben. — Keine Benachrichtigung. Diskreter Versand p. Nachnahme.
„Hygiene"-Versandhaus Hamburg 4, Verstr. 9. (21.)

Altmetalle
kauft
Jakisch, Ecmarkt 24.

Jeder Kommunist

trägt den Sowjetstern, Abzeichen der 3. Internationale und Wappen der russischen Arbeiter und Bauern.

Rot emailliert, Gr. 1/3 als Nadel und Brosche Preis 5.— Mk. Parteiorganisationen erhalten Preisermässigung.



Hammer u. Sichel vergoldet, kleinere Ausführung als Kravattennadel. Parteiorganisationen erhalten Preisermässigung.

Bestellungen sind zu richten an:

Verlag: Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Str. 12
und
Kommunistische Bücherei, Breslau, Gräbschener Str. 45.

Achtung! Wo?
kauft man gut und gern. Mieder aller guten Fabrikate zu billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, nur 1. Etg.

Kranke
Harnröhren-, Haut- und Geschlechtskranke behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von angeheilten Patienten.
Heilinstitut Franz Joschke,
Palmstr. 22, II. Tel. Ohle 1924.
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Bekanntmachung.

Die Brotmarkenausgabestelle des ehem. 12. Polizeireviers, Tiergartenstraße 83/85, Gartenstraße wird am Mittwoch, den 2. März 1921, nach Friedrichstraße 16/18, 1. Stock verlegt und mit der dortigen Ausgabestelle 9 vereinigt.

An den Umzugstagen wird das Publikum von 2 Uhr noch in Tiergartenstraße 83/85 abgefertigt.

Stadtverteilungsstelle.